



Aus der Zentrale von IN VIA

Noch schnell anmelden: Digitale Fachtagung „Queere Jugendliche willkommen! Pädagogisches Handeln in der Jugendsozialarbeit“ am 11. Oktober 2023, 9:30-13:00 Uhr

Nach wie vor sind queere Jugendliche vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Oftmals verbergen sie ihre geschlechtliche Identität und/oder sexuelle Orientierung aus Angst vor Ausgrenzung und Anfeindungen. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sind gefordert, in der Arbeit mit jungen Menschen eine Kultur der Vielfalt und diskriminierungsarme Räume zu gestalten. Ziel der Fachtagung ist es, Fachkräften der Jugendsozialarbeit Informationen zu Lebenssituationen und zu Bedarfen queerer junger Menschen zu vermitteln. Wibke Korten, NRW-Fachberatungsstelle „gerne anders!“, referiert zu Begriffsklärungen im Kontext LSBT*^I sowie zu ihren Lebenswelten. Leonie Achterhold vom Lesben- und Schwulenverband Deutschland e.V. (LSVD) beleuchtet Rolle und Aufgaben von Fachkräften. Ramona Kielblock, Bildungsreferentin Katholische Junge Gemeinde Köln und Vorstand der Bewegung „OutInChurch“, wirft einen kritischen Blick auf die Haltung und gelebte Praxis der katholischen Kirche. Programm und Anmeldung unter <https://eveeno.com/fachtag-queere-jugendliche>.

Menschenhandel im Rechtssystem. Menschenhandel erkennen, Opfer identifizieren, Täter*innen bestrafen

Am 07.11. und 15.11.2023 bieten IN VIA Deutschland und der Deutsche Caritasverband eine digitale Fachtagung an. Die Bekämpfung des Menschenhandels und der Schutz der Opfer sind Themen, die gesellschaftlich und auch in den Einrichtungen und Diensten von Caritas und IN VIA eine zunehmende Rolle spielen. Die statistischen Zahlen zeigen aber, dass die strafrechtliche Verfolgung der Täter*innen schwierig ist und es ein großes Dunkelfeld gibt. Auch die Maßnahmen des Opferschutzes erreichen viele Betroffene nicht. Bei der Fachtagung sollen Probleme bei der Verfolgung von Täter*innen erfasst und Verbesserungsbedarfe ausgelotet werden. Zudem werden für die Opfer wesentliche Rechte vorgestellt. Der Fokus liegt hier auf den Rechten, die sich auf Arbeitsausbeutung beziehen sowie Menschenhandel als möglichem Schutzgrund im Asylverfahren. Die Fachtagung richtet sich an Fachkräfte in den Einrichtungen und Diensten sowie Referent*innen der Fachbereiche Migration und Integration, Frauensozialarbeit, Bahnhofsmision sowie am Thema Interessierte. Mehr unter <https://eveeno.com/menschenhandel-2023>.

Mitgliederversammlung des Internationalen Verbandes ACISJF – IN VIA

Myriam Diaz Camargo, die internationale Präsidentin, lädt zur XXVI. Generalversammlung von ACISJF – IN VIA nach Fátima (Portugal) ein. Die Versammlung findet vom 30. November bis 3. Dezember 2023 statt; Simultanübersetzung besteht in Französisch und Spanisch. Inhaltlich geht es um die zukünftige Ausrichtung des internationalen Verbandes, dessen Rolle und Aufgaben. Über die inhaltlichen und Finanzberichte und eine Satzungsänderung hinaus stehen Wahlen auf dem Programm. Für die Posten der Präsidentin und der Vize-Präsidentin werden noch Kandidatinnen gesucht. Alle Mitglieder des Verbandes sind aufgerufen, nach geeigneten Kandidatinnen zu suchen. Für beide Ämter liegt eine Profil-Beschreibung vor. Wenn Sie Interesse daran haben, an der Versammlung teilzunehmen oder eine Kandidatin für eines der beiden Ämter vorzuschlagen, nehmen Sie bitte mit Regine Rosner Kontakt auf (regine.rosner@caritas.de).

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Ennigerloh

Patenprojekt von IN VIA Ennigerloh erhält Ehrenamtspreis des Bistums Münster 2023

Fünf Projekte haben den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Ehrenamtspreis des Bistums und des Diözesankomitees Münster sowie von "Kirche-und-Leben.de" für ihren selbstlosen Einsatz erhalten – darunter auch ein Projekt von IN VIA Ennigerloh: Der zweite Preis und damit 3.000 Euro gingen an das Patenprojekt, in dem Mädchen und junge Frauen, die aus verschiedenen Gründen Unterstützungsbedarf haben, für einige Zeit durch eine ehrenamtliche Patin begleitet werden. Ob Sport, Basteln oder auch gemeinsames Eisessen – die Aktivitäten mit einer Bezugsperson, die sie so annimmt, wie sie sind, haben eine große Bedeutung für die Mädchen und jungen Frauen. Der Einsatz der

Patinnen ist ehrenamtlich und wird von Martina Happe, IN VIA Ennigerloh, koordiniert. Mehr unter <https://t1p.de/n2fdf>.

IN VIA Bayern



IN VIA Bayern bei Sozialministerin Ulrike Scharf: Aktiv gegen FGM/C – Warum Kulturmittlerinnen so wichtig sind

In Bayern sind geschätzt 20.000 Mädchen und Frauen von Genitalbeschneidung (englisch: Female Genital Mutilation/Cutting, kurz FGM/C) bedroht oder betroffen. Umso wichtiger sind Aufklärungs- und Fortbildungsangebote, wie sie der Landesverband IN VIA Bayern bietet. Das Bayerische Sozialministerium fördert seit Februar 2021 ein wachsendes Netzwerk zum Thema FGM/C, der Verband IN VIA Bayern ist Teil davon. „Wir haben für Mädchen und Frauen, die von weiblicher Genitalbeschneidung betroffen oder bedroht sind schon viel erreicht und es gibt noch sehr viel zu tun,“ so IN VIA-Bayern-Geschäftsführerin Rita Schulz, „wir sind sehr froh, dass uns das Bayerische Sozialministerium dabei fördert.“ Immer wieder geht es auch darum, die Rolle der Multiplikatorinnen und Kulturmittlerinnen hervorzuheben: Oft sind das Frauen mit eigener Zuwanderungsbiografie, die Kultur und Sprache kennen und so leichter Zugang zu den Betroffenen zu finden. Sie schlagen eine Brücke zwischen den verschiedenen Kulturen und den Institutionen hierzulande. Sie klären auf, begleiten Frauen bei Behördengängen und zur Ärztin. Mehr unter <https://t1p.de/qpifj>.

Aus der Zentrale des DCV

Caritas-Präsidentin fordert Korrektur der Sparpläne in der Kinder- und Jugendhilfe

"Natürlich brauchen Kinder Fürsorge, Bildung, Schutz und Stärkung, damit sie ihren Weg in eine gute Zukunft gehen können. Vor allem aber gilt: Unsere Zukunft braucht jedes Kind. Deshalb ist es zukunftsvergessen, im Bundeshaushalt tiefe Einschnitte gerade da vorzunehmen, wo es um die Förderung von Kindern und Jugendlichen geht," kommentiert Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa vor dem Hintergrund der Einspardebatten um den Haushalt des Bundesfamilienministeriums und am Tag einer größeren Mobilisierung gegen die Kürzungspläne. Die geplanten Einsparungen betreffen viele Beratungs- und Unterstützungsangebote: So sollen z.B. die Zuwendungen an die Bundesstiftung Frühe Hilfen um rund 10 Prozent gekürzt werden. Das trifft Schwangere, Kleinkinder und ihre Eltern in belasteten Lebenssituationen. Zu den Angeboten der "Frühen Hilfen" gehören Familienhebammen, ehrenamtliche Familienpatinnen, Babyslotsinnen und Besuchsdienste in

Geburtskliniken. Auch im Bereich der Jugendsozialarbeit haben die geplanten Haushaltspläne bittere Auswirkungen: Die Kürzungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) um rund 20 Prozent bedeuten, dass z.B. das erfolgreiche Programm der Respekt Coaches beendet werden muss, und dass die gerade zu Schuljahresbeginn begonnene Arbeit der Mental Health Coaches an Schulen bereits nach diesem Schuljahr endet. Auch die Jugendmigrationsdienste haben keine sichere Perspektive. "Genauso wie die fatalen Kürzungen bei den Jugendfreiwilligendiensten gehen all diese Einschnitte zulasten der Orientierungsmöglichkeiten von Heranwachsenden in einer immer unübersichtlicheren Welt," so Welskop-Deffaa. Mehr unter <https://t1p.de/wvk1a>.

Energetische Gebäudesanierung: Deutschland muss auf EU-weite Standards pochen

Anlässlich des Wohnungsbau-Gipfels im Bundeskanzleramt appellieren Caritas und Diakonie an die Bundesregierung, sich – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – weiterhin für ambitionierte EU-Standards für die energetische Sanierung von Gebäuden stark zu machen. Das sei nicht nur das klimapolitische Gebot der Stunde, sondern auch unabdingbar, um Menschen mit geringem Einkommen vor einem unzumutbaren Anstieg ihrer Heiz- und Energiekosten zu schützen. "Wer wenig Geld hat, lebt mit großer Wahrscheinlichkeit in einer schlecht isolierten Wohnung, hat deshalb hohe Heizkosten und wird von Energiepreissteigerungen besonders hart getroffen – wie oft haben unsere Beratungsstellen im vergangenen Winter von verzweifelten Ratsuchenden diese Geschichten gehört," erläutert Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa. "Die energetisch schlechtesten Gebäude müssen zuerst saniert und die Kosten dafür gerecht verteilt werden". Nur mit verbindlichen Energieeffizienzstandards werden die Klimaziele verbindlich erreicht. Eine europäische Einigung schafft den richtigen Rahmen. Derzeit wird zwischen den Mitgliedstaaten im Rat, dem EU-Parlament und der EU-Kommission verhandelt, welche Mindesteffizienzstandards die EU-Gebäuderichtlinie verbindlich fest schreibt – und letztlich, ob die EU ihre Klimaziele erreicht oder nicht. Mehr unter <https://t1p.de/sg178>.

Kirche & Gesellschaft

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ: Neue Chancen für Kinder in Deutschland? Bewertung des deutschen Aktionsplans zur Umsetzung der EU-Kindergarantie

Im Juli 2023 verabschiedete das Bundeskabinett den Nationalen Aktionsplan (NAP) „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie, einer EU-Initiative zur Bekämpfung von Kinderarmut. Mit dem vorliegenden Positionspapier bezieht die AGJ Stellung zum NAP, um an dessen geplanter kontinuierlicher Fortschreibung und an der weiteren Umsetzung der Kindergarantie mitzuwirken. Zentrale Kritikpunkte der AGJ sind das Fehlen einer zukunftsorientierten und integrierten Gesamtstrategie zur ressort- und ebenenübergreifenden Bekämpfung von Kinderarmut. Ferner empfiehlt die AGJ eine konsequentere Berücksichtigung der Zielgruppen der Kindergarantie bei der Umsetzung von Maßnahmen in allen Handlungsfeldern sowie die Aufnahme von quantitativen und qualitativen Zielen in den NAP. Mehr unter <https://t1p.de/0sdxl>.

AWO-Kampagne gegen Kürzungen des Bundeshaushalts im sozialen Bereich

Zur ersten Lesung des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2024 hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) eine Kampagne gegen die geplanten Kürzungen im sozialen Bereich gestartet. Unter dem Motto „Die Letzte macht das Licht aus“ warnt die AWO vor den Folgen eines Sparkurses und fordert von den Abgeordneten, Korrekturen am Entwurf der Regierung vorzunehmen. Herbe Einschnitte seien in den Freiwilligendiensten, der Migrationsberatung, der Betreuung von Geflüchteten und der Demokratieförderung an Schulen vorgesehen. Die Kampagne soll bis zur Verabschiedung des Haushalts am 1. Dezember stattfinden. Mehr unter <https://t1p.de/tbmzl>.

Die distanzierte Mitte

Jede zwölfte Person in Deutschland teilt ein rechtsextremes Weltbild. Mit 8 % ist der Anteil von Befragten der Mitte-Studie 2022/23 mit klar rechtsextremer Orientierung gegenüber dem Niveau von knapp 2 bis 3 % in den Vorjahren erheblich angestiegen. Dabei befürworten mittlerweile über 6 % eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland (2014-2021: 2-4 %). Über 16 % behaupten eine nationale Überlegenheit Deutschlands, fordern »endlich wieder« Mut zu einem starken Nationalgefühl und eine Politik, deren oberstes Ziel es sein sollte, dem Land die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zustehe (2014-2021: 9-13 %). Zudem vertreten die

Befragten mit fast 6 % vermehrt sozialdarwinistische Ansichten und stimmen zum Beispiel der Aussage zu »Es gibt wertvolles und unwertes Leben.« (2014-2021: 2-3 %). Auch der Graubereich zwischen Ablehnung und Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen ist jeweils deutlich größer geworden. Die politische Selbstverortung von Befragten hat rechts der Mitte mit 15,5 % ebenfalls von zuvor knapp 10 % deutlich zugenommen. Mehr unter <https://t1p.de/ti985>.

Appell „Verantwortung für eine Kirche am Scheidepunkt übernehmen“

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V. hat zusammen mit „Wir sind Kirche“ und 40 weiteren Reformkräften einen Appell an die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) gerichtet. Darin wird die Bedeutung des Synodalen Weges und seiner Ergebnisse, insbesondere die Notwendigkeit der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Kirche unterstrichen. An die Verantwortung der Bischöfe wird appelliert, und zwar in Bezug auf die Kirche in Deutschland, innerhalb der Weltsynode und für die gesamte Welt. Die Bischöfe werden aufgefordert, auf der Weltsynode die Ergebnisse aus dem Synodalen Weg konsequent zu vertreten. Mehr unter <https://t1p.de/3wum6>.

Ausbildung & Qualifizierung

Bundesminister Heil kippt Vorhaben, Zuständigkeit junger Bürgergeldempfänger*innen vom Jobcenter in die Arbeitsagenturen zu verschieben

Aufgrund der heftigen und anhaltenden Kritik kippt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil die geplante Verschiebung der Zuständigkeit für unter 25-jährigen junge Menschen im Bürgergeldbezug. Dies meldet das Handelsblatt <https://t1p.de/itobu>. Um dennoch 900 Mio. Euro einzusparen, sollen nun alle Bürgergeld-Empfänger*innen, die eine Weiterbildung benötigen, in die Zuständigkeit der Arbeitsagenturen wechseln. Dadurch entsteht auch hier eine Schnittstelle, die zu prüfen ist. Massive Einsparungen im Eingliederungstitel werden erwartet. Im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) und dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (KV JSA) hat IN VIA sich im August in einer Pressemeldung dazu geäußert: <https://t1p.de/t8mfs>. Ebenso hatte der KV JSA sich mit einer Stellungnahme zum entsprechenden Entwurf des Haushaltsfinanzierungsgesetzes gegen den Zuständigkeitswechsel ausgesprochen und kritisiert insbesondere, dass eine so tiefgreifende strukturelle Änderung ohne fachliche Abstimmung im Vorfeld erfolgt ist. Mehr unter <https://t1p.de/bu34d>.

Auch im IN VIA-Projekt „Ausbildung garantiert!“ wird der geplante Zuständigkeitswechsel für unter 25-Jährige anhand von im Projekt entwickelten Inklusionskriterien bewertet und die Nachteile des geplanten Wechsels für rund 700.000 betroffene junge Menschen skizziert. IN VIA Deutschland setzt das Projekt im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. um. Mehr unter <https://t1p.de/sdo1i>.

Bildung

Weiterer Anstieg der Schüler*innenzahl in Baden-Württemberg zu erwarten: Aktualisierte Vorausberechnung der Schüler- und Schulabschlusszahlen bis 2035

Im Schuljahr 2022/23 wurden rund 1,514 Millionen Schüler*innen an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg unterrichtet. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, endete damit der seit dem Schuljahr 2006/07 vorherrschende Trend einer abnehmenden Gesamtschüler*innenzahl. Einen großen Anteil an dieser Entwicklung haben die nach dem Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine nach Baden-Württemberg geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Die kürzlich veröffentlichte Vorausberechnung des Statistischen Landesamts versucht – trotz der Unvorhersehbarkeit geopolitischer Rahmenbedingungen – die grundsätzliche Entwicklung der Schüler*innenzahlen bis zum Schuljahr 2035/36 abzubilden. Für das Schuljahr 2035/36 wird ein Anstieg der Gesamtschüler*innenzahl auf knapp 1,655 Mill. erwartet. Damit wäre sie 9 % höher als im Schuljahr 2022/23. Maßgeblich für diesen längerfristigen Zuwachs ist in erster Linie der Wiederanstieg der Geburtenzahlen. Für die kurzfristige Entwicklung in den nächsten Schuljahren wurde außer den noch immer noch spürbaren Folgen der Corona-Pandemie – wie zum Beispiel deren Auswirkungen auf die Vertragsabschlüsse in der dualen Berufsausbildung – insbesondere die Zuwanderung aus der Ukraine berücksichtigt. Viele dieser Kinder und Jugendlichen besuchen noch Vorbereitungsklassen (VKL), um möglichst schnell Deutschkenntnisse zu erwerben. Die Besuchsdauer

dieser VKL beeinflusst auch die Entwicklung der Schüler*innenzahl. Dies sorgt kurzfristig für eine zusätzliche Unsicherheit bei der Einschätzung der Schüler*innenzahl der Grundschulen, aber auch der weiterführenden Schulen. Mehr unter <https://t1p.de/ut3yd>.

Der Zukunft gewachsen – Innovationsformate für die Kompetenzen von morgen

Junge Menschen setzen sich aktiv für den Planeten ein und wollen die eigene Zukunft mitgestalten. Doch in schulischen, universitären, gründungsbezogenen und zivilgesellschaftlichen Angeboten treffen junge Menschen nach wie vor hauptsächlich auf konventionelle Angebots- und Leistungsstrukturen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Es mangelt an innovativen Förderformaten, die Jugendliche dazu motivieren, ihre Rolle in einer globalisierten Welt kritisch zu hinterfragen und dabei gleichzeitig ihre individuellen und kollaborativen Entwicklungspotenziale zu fördern. Neben die Wissensvermittlung muss der Erwerb von Haltungen und Kompetenzen rücken, die die jungen Menschen befähigen, in unterschiedlichen Lebenslagen Herausforderungen zu meistern sowie mit den Mehrdeutigkeiten, Widersprüchlichkeiten und kulturellen und sozialen Unterschieden umzugehen. Hierfür bedarf es neuer Lernformen und Lernorte, in denen Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene weitgehend eigenverantwortlich lernen und in denen sie ihre emotionalen und sozialen Kompetenzen, Kreativität, Achtsamkeit und Potenziale ausschöpfen können. Eine aktuelle Studie der *Bertelsmann Stiftung* identifiziert kompetenzbezogene Bausteine für neue Innovationsformate und stellt praktische Beispiele und Initiativen vor, die Future Skills und Entrepreneurial Mindset gekoppelt verbinden. Mehr unter <https://t1p.de/et228>.

Mädchen & Frauen

Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Deutschland bisher lückenhaft

Die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) hat Ende August den ersten Bericht über die Datenlage zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Deutschland veröffentlicht. Der vorliegende Bericht liefert erstmals einen umfassenden Überblick über bestehende Erhebungen sowie Potenziale und Herausforderungen für ein menschenrechtsbasiertes indikatorengestütztes Monitoring geschlechtsspezifischer Gewalt. Bereits die Expertengruppe GREVIO zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt hat in ihrem Evaluationsbericht 2022 darauf aufmerksam gemacht, dass die Datenerhebung zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Deutschland lückenhaft sei. Eine besondere Herausforderung stelle das Fehlen einer einheitlichen juristischen Definition des Begriffs „Femizide“ dar. Mehr unter <https://t1p.de/kyyp7>.

Alleinerziehende brauchen keine Erwerbsanreize, sondern Vereinbarkeit von Beruf & Familie

Die Details der Kindergrundsicherung seien „für die Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA) ernüchternd“, heißt es in einer Stellungnahme, die der Bundesverband der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) als Partnerverband der AGIA veröffentlicht hat. Die AGIA begrüßt zwar die geplante Anrechnung von lediglich 45 % des Unterhaltseinkommens des Kindes auf den vorgesehenen Zusatzbetrag, kritisiert aber die Änderung im Unterhaltsvorschussgesetz, die das Alter des Kindes von 12 auf 6 Jahre herabsetzt, ab dem Alleinerziehende mindestens 600 Euro Erwerbseinkommen haben müssen, um Unterhaltsvorschuss zu erhalten. Alleinerziehende bräuchten keine höheren ‚Erwerbsanreize‘, wie der Finanzminister glauben machen will, sondern bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Hierzu gehöre eine verlässliche Kinderbetreuung auch an Grundschulen, die aktuell durch Personalmangel und Kostensteigerungen zunehmend eingeschränkt werde. Die AGIA fordert deshalb dringend, auf diese Änderungen im Unterhaltsvorschussgesetz zu verzichten. Mehr unter <https://t1p.de/67gv2>.

Väterreport unterscheidet 5 Vätertypen

In seinen wesentlichen Ergebnissen unterscheidet sich der vom Bundesfamilienministerium vorgelegte „Väterreport“ kaum vom Vorgänger: Jeder zweite Vater bekundet zwar grundsätzlich die Bereitschaft, sich zeitlich hälftig an Erziehung und Betreuung der Kinder zu beteiligen, in der familiären Praxis erfüllt jedoch nur jeder fünfte Vater (21 %) die mit der Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der unbezahlten Sorgearbeit verbundenen Verpflichtungen. Im vergangenen Jahr arbeiteten 68 Prozent der Mütter in Teilzeit, viele von ihnen, um den größeren Anteil der Sorgearbeit zu

verrichten. Demgegenüber sahen sich durch die Sorgearbeit nur 8 Prozent der Männer an einem beruflichen Engagement in Vollzeit gehindert.

Der „Väterreport“ beschreibt zudem auf Basis amtlicher Statistiken, wissenschaftlicher Studien und repräsentativer Bevölkerungsbefragungen die Lebenslagen, Werte und Einstellungen von Vätern in Deutschland. Die Autor*innen des Reports haben den Versuch unternommen, unterschiedliche Vätertypen zu definieren: den „überzeugten Engagierten, den urbanen Mitgestalter, den zufriedenen Pragmatiker, den etablierten Konventionellen und den überzeugten Rollen-Bewahrer“. Mehr unter <https://t1p.de/p0zt6>.

Migration & Integration

Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Menschen aus der Ukraine

Die EU-Mitgliedstaaten haben vereinbart, den vorübergehenden Schutz für Menschen, die aus der Ukraine fliehen, erneut um ein Jahr zu verlängern. Nach der Einigung muss nun der Rat der Europäischen Union den Beschluss zur Verlängerung des vorübergehenden Schutzes förmlich annehmen. Damit gilt die Verordnung bis zum 04.03.2025. Sie wurde erstmalig am 04.03.2022 aktiviert und bietet ukrainischen Bürger*innen sowie Drittstaatsangehörigen, die einen internationalen oder nationalen Schutzstatus in der Ukraine hatten, einen pauschalen Schutzstatus ohne aufwändiges Prüf- und Asylverfahren. Im deutschen Recht ist die Verordnung in § 24 AufenthG umgesetzt. Mehr unter <https://t1p.de/4vz7z>.

Risiken für Menschenhandel und Ausbeutung für minderjährige Geflüchtete

Im Rahmen des von terre des hommes geförderten Kooperationsprojekts „Vorbild Ukraine? Hilfesysteme der Zukunft“ haben ECPAT Deutschland, der Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer die spezielle Aufnahmesituation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine und ihre spezifischen Implikationen analysiert und mit früheren großen Fluchtbewegungen verglichen. Die Ergebnisse wurden in einem Policy Paper veröffentlicht <https://t1p.de/uoz3s>.

Zivilgesellschaftliche Akteure fordern Recht auf Familienzusammenführung

Anlässlich des Weltkindertags am 20.09. bekräftigten über 30 zivilgesellschaftliche Organisationen in einem gemeinsamen Statement ihre bereits zum Weltkindertag 2022 gestellte Forderung, das Recht auf Familienzusammenführung, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, umzusetzen. Eine genaue Darstellung der Problemlage und der Forderungen finden sich im gemeinsamen Appell zum Weltkindertag 2022. Mehr unter <https://t1p.de/15lr3> und <https://t1p.de/64lo8>.

Bundeslagebild Menschenhandel

Das Bundeslagebild Menschenhandel und Ausbeutung 2022 des Bundeskriminalamtes (BKA) wurde veröffentlicht. Darin gibt es ein gesondertes Kapitel zu minderjährigen Betroffenen. Im Bereich des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung wie auch der Arbeitsausbeutung hat die Zahl der Verfahren im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Wie bereits im letzten Berichtsjahr gibt es eine Verlagerung der klassischen Bar-, Bordell- und Straßenprostitution zur Wohnungsprostitution und zu Haus- und Hotelbesuchen. Die abgeschlossenen Verfahren zu den Tatbeständen Ausbeutung bei der Ausübung der Bettelei, des Menschenhandels zum Zweck der Begehung strafbarer Handlungen sowie der Zwangsheirat sind weiterhin im einstelligen Bereich. Mehr unter <https://t1p.de/myt8a>.

Bahnhofsmission

Jahrestagung der Bahnhofsmission schafft Grundlagen für gemeinsame Raum-, Personal- und Angebotsstandards

„Was heißt hier Verantwortung?“ – unter diesem Titel trafen sich rund 60 Vertreter*innen der Bahnhofsmissionen im September in Cloppenburg zur Jahrestagung. Zu Beginn nahmen sie den Jahresbericht der Geschäftsführenden zur Kenntnis und tauschten sich zu einigen Schwerpunkten der bundesweiten Arbeit aus. Am zweiten Tag der Veranstaltung gab es dann viele Inputs: Unter anderem trug Dr. Christine Siegl, Augustana-Hochschule Neuendettelsau, unter dem Titel „Doing Bahnhofsmission – zwischen Verantwortung, Standard und konkreter Hilfe“ einige Erkenntnisse ihrer

Habilitationsschrift vor, die im ersten Quartal 2024 erscheinen wird. Aus der Resonanz der Zuhörenden wurde deutlich, dass diese sich in den Ergebnissen ihrer mit der Methode der „teilnehmenden Beobachtung“ gewonnenen Beschreibung ihrer Arbeit durchaus wiederfanden. Nach diesen Annäherungen führten die Präsentationen von Christian Bakemeier, Geschäftsführung Bahnhofsmision Deutschland e.V., über die Ergebnisse einer Abfrage zu den räumlichen Bedingungen, unter denen die Bahnhofsmissionen ihr Angebot gestalten, mitten hinein ins Thema. Nach mehreren Diskussionsrunden wurde der Konsens, dass die Bahnhofsmissionen einen gemeinsamen, verbindlichen „Leistungskern“ braucht, unter den Teilnehmenden immer stärker. Schließlich entwickelten Arbeitsgruppen Leistungsstandards für Räume, Personal und Angebot der Bahnhofsmissionen für kleinere, mittlere und größere Standorte. Diese dienen als Vorlage für die weitere Arbeit an den „Leistungsstandards“ in einer Arbeitsgruppe, die sich vor Ort gegründet hat.

Förderverfahren Bahnhofsmision Deutschland e.V.

Nach Ende der Antragsfrist im zentralen Spendenverfahren zur zweckgebundenen Weiterleitung von zentralen Spendenmitteln lagen 38 Anträge mit einem Antragsvolumen von insgesamt rund 160.000 € vor. Der Vorstand des Bahnhofsmision Deutschland e.V. wird voraussichtlich in seiner Sitzung am 27.10.2023 über die Anträge entscheiden. Es stehen Mittel in Höhe von 100.000 € zur Weiterleitung an innovative Projekte der Orts- oder Landesebene zur Verfügung.

Breite Beteiligung von Bahnhofsmissionen am Vorlesetag 2023

20 Bahnhofsmissionen wollen beim diesjährigen Vorlesetag der Stiftung Lesen am 17.11. teilnehmen. Die Deutsche Bahn Stiftung unterstützt die Bahnhofsmissionen unter anderem mit einem Materialpaket, das Plakate und Vorlesebücher enthält. Die Bundesgeschäftsstelle hat Informationen und Tipps für die Durchführung versendet und Videokonferenzen veranstaltet. Nachmeldungen sind noch bis 09.10. per Mail möglich: gisela.sauter-ackermann@bahnhofsmision.de.

Neue Programme & Projektausschreibungen

Eckpunktepapier „Startchancen-Programm“ des BMBF veröffentlicht

Am 20.09.2023 wurde das Eckpunktepapier zum „Startchancen-Programm“ als Ergebnis der gemeinsamen Verhandlungsgruppe des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der Länder veröffentlicht. Das „Startchancen-Programm“ soll laut Bundesregierung deutlich dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland nachhaltig zu verbessern, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen und den noch immer starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Mehr unter <https://t1p.de/kbk18>.

Termine & Tagungen

Nikolaustagung 7./8.12.2023 in Frankfurt/Main: Armut in Deutschland – Auftrag und Handlungsfelder der Schulsozialarbeit

Etwa 20-25% aller jungen Menschen in Deutschland sind von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Ein Aufwachsen in Armut bzw. in einer von Armut bedrohten Lebenslage bringt Einschränkungen mit sich. Diese betreffen die gesellschaftliche Teilhabe, die alltägliche Versorgung, den Gesundheitszustand sowie Bildungschancen. Die Nikolaustagung 2023 des Kooperationsverbunds Schulsozialarbeit setzt sich mit der Frage auseinander, welchen Auftrag Schulsozialarbeit im Spannungsfeld von politischer und adressat*innenbezogener Arbeit hat und welche Handlungsmöglichkeiten sich angesichts zunehmender Armut, Ungleichheit und Benachteiligung ergeben. In Fachvorträgen zum Thema Armut und Bildung, sowie in Workshops zur Reflexion bewährter Praktiken möchten wir uns diesen Fragen widmen und gemeinsam die konzeptionellen Grundlagen der Schulsozialarbeit weiterentwickeln. Gerne können Sie sich noch dafür anmelden unter <https://t1p.de/hfu8u>.

Aus der Fortbildungs-Akademie des DCV

Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit – Seminar für Praktiker*innen aus der Sozialen Arbeit, 6.-8.11.2023, online. Obwohl nur die wenigsten Sozialarbeiter*innen für den Umgang mit traumatisierten Menschen geschult sind, müssen sie dennoch einen Weg finden, mit ihnen zu arbeiten und ihren beruflichen Auftrag zu erfüllen. Praktiker*innen stoßen dabei nicht

selten an die Grenzen ihres professionellen Handelns, obwohl sie grundsätzlich ihr „Handwerk“ beherrschen. Für diese Situationen – so scheint es zumindest – gibt es keine wirkungsvollen Handlungsstrategien. Das Seminar richtet sich an Kolleg*innen aus der Sozialarbeit, die - jenseits von therapeutischen Aufträgen - mit den oben beschriebenen Anforderungen und Belastungen in ihrem Berufsalltag konfrontiert werden und die sich für diese anspruchsvolle Arbeit konkrete Handlungsstrategien aneignen wollen. Mehr unter <https://t1p.de/59qhv>.

Aus der IN VIA Akademie Paderborn

Online-Veranstaltungsreihe: „#HealthForYouth Impulse zur Gesundheitsförderung in der Jugendsozialarbeit“

Die Weltgesundheitsorganisation WHO feiert in diesem Jahr unter dem Motto: #HealthForAll – Gesundheit für alle“ ihr 75jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass veröffentlichte der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit eine Podcastreihe [#HealthForYouth“: Impulse zur Gesundheitsförderung in der Jugendsozialarbeit“](#), die sich mit der aktuellen psychosozialen Gesundheitssituation von Jugendlichen befasst. Im Anschluss an den Podcast findet im November/Dezember 2023 eine gleichlautende Veranstaltungsreihe statt, zu der die IN VIA Akademie Paderborn herzlich einlädt. Die Inhalte des Podcasts sollen mit Expert*innen, Fachkräften und Wissenschaftler*innen unter Berücksichtigung aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen diskutiert werden, um daraus Schlussfolgerungen für notwendige politische Maßnahmen zu ziehen: Was muss jetzt passieren, damit Jugendliche alle Chancen bekommen, gesund aufzuwachsen? Analog zum Podcast wird jede der vier Veranstaltungen ein spezifisches Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit unter dem Aspekt der Gesundheitsförderung in den Fokus rücken. Die Veranstaltung wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert und ist kostenfrei. Die Themen und Termine der einzelnen Veranstaltungen sowie eine Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie im Anhang zu diesem Newsletter sowie unter <https://eveeno.com/153378179>.

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

- **"Die Dunkelheit frisst mich auf." – Depressionen bei Mädchen* und Jungen* sowie jungen Erwachsenen, 6.-7.11.2023, Paderborn.** Mindestens 12% aller Jungen* und mindestens 20% aller Mädchen* leiden bis zur Volljährigkeit mindestens einmal unter einer Depression. Somit sind dies 4-8% aller Kinder in Deutschland, die an der häufigsten psychischen Krankheit leiden. Leider wird nur die Hälfte aller Erkrankungen erkannt! Dabei sind die Symptome eher unspezifisch: Ständige Traurigkeit, Antriebslosigkeit, Aggressivität, Unkonzentriertheit, geringes Selbstwertgefühl etc. Im Verlauf der Pandemie hat sich die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen weiter verschlechtert. Wir informieren Sie über das Krankheitsbild und geben Ihnen (mehr) Sicherheit im Umgang damit. Es werden häufige Ursachen genannt sowie Behandlungsmöglichkeiten vorgestellt neben präventiven Schutzfaktoren. Mehr unter <https://t1p.de/z7sry>.
- **Resilienz aus Sicht der Neurowissenschaft, 14.-15.11.2023, Paderborn.** Resilienz ist der Prozess, in dem Personen auf Probleme und Veränderungen mit Anpassung ihres Verhaltens reagieren. - Das Thema ist nicht neu für soziale und pflegerische Berufe und es gibt zahlreiche Veröffentlichungen dazu. Neu an unserem Seminar ist, die Resilienz aus neurowissenschaftlicher Sicht zu betrachten. Zu verstehen, was in unserem Gehirn passiert, wenn wir in Belastungssituationen sind und was es braucht, um sich aus diesen zu lösen. Die Erkenntnisse und Erfahrungen geben einerseits Impulse für den eigenverantwortlichen Umgang mit Belastungen, andererseits Impulse für ein ganzheitliches Führungskonzept. Denn: Eine zukunftsweisende Führung geht wertschätzend mit den Mitarbeiter*innen um und hat deren Ressourcen im Blick. Mehr unter <https://t1p.de/55syu>.
- **Personal 4.0 - Herausforderungen und Handlungsfelder in der Arbeitswelt von morgen, 30.11.-1.12.2023, Paderborn.** Viele bisher beständige Prozesse der Arbeitswelt unterliegen einem digitalen Wandel. Mit diesem ist ein gesellschaftlicher Wertewandel verknüpft, in dem sich die Erwartungen und Anforderungen zwischen den Generationen verändern. Die Personalverwaltung ist eine Schnittstelle, für die diese Inhalte relevant sind. Sie erhalten einen Einblick in folgende Inhalte: Überblick über die Herausforderungen und Entwicklungen in der Personalarbeit 4.0 / Überblick über die künftigen Handlungsfelder / Sensibilisierung für die zukünftigen

Themenschwerpunkte der Personalarbeit 4.0 / Reflexion und Einordnung der eigenen Personalarbeit. Mehr unter <https://t1p.de/dcc0a>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Elise Bohlen/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 16.10.2023
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de